

Antrag

auf Gewährung eines Investitionszuschusses

für Gastronomiebetriebe im Saarland

aus dem Sondervermögen „Saarländischer Konjunkturfonds“

(Sanierungsprogramm für touristische Betriebe)

befristet bis zum 31.12.2011

1. Allgemeines

1.1 Bewilligungsbehörde

Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft
 Referat E/2 – Tourismuspolitik, Tourismusförderung
 Franz-Josef-Röder-Straße 17
 66119 Saarbrücken

1.2 Antragsteller

Gastronomiebetrieb	
Name:
Straße, Hausnummer:
PLZ, Ort/Ortsteil:
Landkreis/Gemeindekennziffer:
Telefon / Telefax:
E-Mail-Adresse:
Bankverbindung	
Name der Bank:
BLZ
Konto-Nr.:

- Gewerbliche Gastronomiebetriebe (kleine und mittlere Unternehmen)¹ im Saarland,
- Eigentümer/innen von Gastronomiebetrieben, die diese vermieten oder verpachten, sofern die Mieträume für gewerbliche Gastronomiebetriebe im Saarland bestimmt sind,
- Pächter/innen und Mieter/innen von Gastronomiebetrieben im Saarland (kleine und mittlere Unternehmen).

1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	
.....	
Zuständiges Finanzamt:
PLZ, Ort
Steuer-Nr.

- Ich/wir beantrage/n die Gewährung eines Investitionszuschusses aus dem Sondervermögen „Saarländischer Konjunkturfonds“ (Sanierungsprogramm für touristische Betriebe) als sachkapitalbezogener Zuschuss.**

1.4 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist?
- Hält das Unternehmen Anteile 25 % oder mehr an anderen Unternehmen?
- Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?

- nein
 ja → Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage beifügen)

¹ Kleine Unternehmen sind Unternehmen, die weniger als 50 Beschäftigte und einen Jahresumsatz bzw. eine Jahresbilanzsumme von nicht mehr als 10 Mio. Euro haben.

Mittlere Unternehmen sind Unternehmen, die weniger als 250 Beschäftigte und entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro haben.

1.5 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen, Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme

Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen	
<input type="checkbox"/>	bis 49
<input type="checkbox"/>	50 bis 249
<input type="checkbox"/>	über 249
Jahresumsatz	
<input type="checkbox"/>	unter 10 Mio. €
<input type="checkbox"/>	10 Mio. € bis 50 Mio. €
<input type="checkbox"/>	über 50 Mio. €
Jahresbilanzsumme	
<input type="checkbox"/>	unter 10 Mio. €
<input type="checkbox"/>	10 Mio. € bis 43 Mio. €
<input type="checkbox"/>	über 43 Mio. €

Nicht vom/von der Antragsteller/in auszufüllen

KMU i. S. d. VO EG Nr. 800/2008 der Kommission vom 06. August 2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) (ABl. EG L 214 vom 09.08.2008)	
<input type="checkbox"/> ja [AK1]	<input type="checkbox"/> nein [AK2]
falls ja:	
<input type="checkbox"/> kleines Unternehmen	
<input type="checkbox"/> mittleres Unternehmen	

1.6 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens²

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte noch in der Umstrukturierungsphase?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Wurde für die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe in den vergangenen zehn Jahren eine Rettungs- oder Umstrukturierungsbeihilfe gewährt?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage)

² Leitlinien der Europäischen Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. EG C 244/2 vom 01. Oktober 2004)

2. Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

PLZ, Ort/Ortsteil:
Straße, Hausnummer:
Landkreis:
Gemeindekennziffer:
BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte	
<input type="checkbox"/>	bekannt (<i>ggf bei der Bundesagentur für Arbeit, Eschberger Weg 68, 66121 Saarbrücken, erfragen</i>)
	BA-Betriebsnummer:
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt, da es sich um eine neue Betriebsstätte handelt. Hinweis: ist innerhalb von 2 Monaten nach Bewilligung nachzumelden.

Befinden sich weitere Betriebsstätten des/der Antragstellers/in in derselben Gemeinde?

- nein ja → Bitte Anschrift/en angeben:

Name:
Straße, Hausnummer:
PLZ, Ort/Ortsteil:
Name:
Straße, Hausnummer:
PLZ, Ort/Ortsteil:

2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2. bezeichneten Vorhabens

Hier sind die vorgesehenen Investitionen und deren Zweck (Auswirkung der Investitionen im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit, Qualitätsverbesserung usw.) in der Betriebsstätte darzustellen (ggf. in einer Anlage).

2.3 Art des Investitionsvorhabens

- Errichtung einer Betriebsstätte
- Erweiterung einer Betriebsstätte
- Modernisierung der Betriebs- und Geschäftsausstattung einer Betriebsstätte
- Investitionen, die der Barrierefreiheit für Menschen mit eingeschränkter Mobilität dienen

3. Investitionen

3.1 Investitionsvolumen

	Nettobetrag in Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	

3.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn:

Tag	Monat	Jahr

Beendigung:

Tag	Monat	Jahr

3.3 Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden

Aufteilung der Investitionen	
Jahr	Betrag in Euro

4. Finanzierung

Herkunft der Mittel	Betrag in Euro
• Eigenmittel	
• Fremdmittel (zu Marktkonditionen; ohne Finanzierungshilfen)	
• Öffentliche Finanzierungshilfen (z. B. zinsvergünstigter Kredit, über Bürgschaft abgesicherte Kreditsumme, Investitionszulage, Investitionszuschuss)	
o Gesamtfinanzierung (mit Nachweis der Durchfinanzierung des Vorhabens – ggf. Bestätigung der Hausbank beifügen)	

➔ Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

Nicht vom/von der Antragsteller/in auszufüllen:

Beihilfefreier Eigenbeitrag von mindestens 25 % der Bemessungsgrundlage: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

5. Erklärungen

- 5.1 Ich/Wir erkläre/n, mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) und vor Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch das Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu verstehen. Mir/Uns ist bekannt, dass bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.
- 5.2 Mir/Uns ist vom Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- a) Angaben zum/zur Antragsteller/in (Ziffer 1.2)
 - b) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.3)
 - c) Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren (Ziffer 1.6)
 - d) Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziffer 2.1)
 - e) Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 2.2)
 - f) Beginn des Vorhabens (Ziffer 3.2 und Ziffer 5.1)
 - g) Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 4)
- Mit/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- 5.3 Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde/n ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde (hier: Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft) mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde (hier: Referat E/2 – Tourismuspolitik, Tourismusförderung).
- 5.4 Mir/Uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden. Mir/Uns ist bekannt, dass zur Erhöhung der Transparenz der Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem Land bzw. das Land Angaben über den/die Empfänger/in der Zuwendung, über

das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organisationsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

5.5 Einwilligungserklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten, Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des/der Empfängers/in der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht.

Mit/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1 der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

5.6 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU

Ich/Wir gehe/n aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stelle ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung

der Behörde über die GRW-Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den Ziffern 1.2, 1.3, 1.5, 1.6 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

6. Dem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt³:

- Beschreibung und Begründung des Vorhabens
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Kopie des Pacht- bzw. Mietvertrages
- ein Kostenvoranschlag oder Angebote
- eine Erklärung über Baubeginn und Subventionserheblichkeit der Antragsangaben
- Erklärung zum Antrag auf „De-minimis“-Beihilfen/Kleinbeihilfen und Kumulierungserklärung
- Finanzierungsbestätigung des Kreditinstitutes, dass neben dem 20 %igen Investitionszuschuss auch die übrigen 80 % der Ausgaben mit entsprechenden Finanzierungsmitteln bereit stehen und damit die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist.

³ Zutreffendes bitte ankreuzen!